B.4.16 Träger öffentlicher Belange

B.4.16.1.1 Gemeinde Gauting

Stellungnahme vom 26.10.2017 (Ausgangsplanung)

Stellungnahme vom 08.08.2019 (1. Tektur)

Die Gemeinde Gauting hat in ihren Stellungnahmen umfangreiche Einwendungen gegen die ursprüngliche Planung erhoben. Einige Einwendungen sind nach den drei Tekturen gegenstandslos geworden.

Die verbleibenden Einwendungen, auch zur 1. Tektur, werden nachfolgend aufgeführt.

a) Planung nicht kreuzungsbedingter Maßnahmen

Die Einwenderin hat in ihren Stellungnahmen angeregt, in der Planungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und dem Landkreis Starnberg auch nicht kreuzungsbedingte Maßnahmen mit zu planen.

So wurden folgende Maßnahmen gefordert:

- 1) Anlage eines Geh- und Radweges in der Hauser Straße auf der Nordseite zwischen Königswieser Straße und Kreuzung STA 3/St2063
- 2) alternativ das Vorhalten eines Platzhalters für einen später zu realisierenden Geh- und Radweg
- 3) Querungshilfe für Fußgänger östlich der Unterführung in der Hauser Straße
- 4) Querungshilfe für Fußgänger westlich der Unterführung in der Hauser Straße
- 5) andere Lage des Treppenanschlusses auf der Südseite der Hauser Straße gegenüber der Einmündung der Königswieser Straße
- 6) Verlängerung des Gehweganschluss in die Königswieser Straße
- 7) Spur für Radfahrer aus Gauting kommend in die Hauser Straße („Einfädeln“)
- 8) Klärung der Unterhaltslast der Versickerungsmulden im Bereich einmündender Gemeindestraßen
- 9) neuen Gehweg im Bereich Hauser Straße 23-25 bzw. von EÜ bis Perfallstraße
- 10) Erweiterung der Straßenbeleuchtung im Baubereich
- 11) Leerrohre für künftige Glasfaserkabel
- 12) Neubau einer Querungsinsel südwestlich des Ortseingangs (Höhe Wertstoffhof)
- 13) Möglichkeit für Fortführung des Geh- und Radwegs von der Königswieser Straße in Richtung Osten zur Hauser Kreuzung STA 3/St 2063

Dazu hat die Vorhabenträgerin vorgetragen, dass nur Punkte berücksichtigt werden können, die im direkten Zusammenhang mit der EKrG-Maßnahme stehen. So könnten einige Forderungen der Gemeinde Gauting in Abstimmung mit dem Staatlichen Bauamt Weilheim (StBaWm) erfüllt werden.

Entscheidung der Planfeststellungsbehörde

zu a) Nr. 1) und 2) Durch die 1. Tektur hat sich der Einwand teilweise erledigt, da die Vorhabenträgerin die Forderung der Gemeinde Gauting nach einem Gehweg mit Querungshilfe, soweit diese im Planbereich liegt, umsetzt. Diese Änderungen wurden bereits im Erörterungstermin am 25.07.2018 zugesagt. Im Zuge der 1. Tektur sind die Gehwegbreiten von 1,50 m im Bestand gegenüber 2,00 m aus dem Entwurf von 2017 auf 2,50 m verbreitert worden. Dieses Maß entspricht der aktuellen Regelbreite im Fall von angrenzenden Stützwänden. Zwischen der Königswieser Straße und der Grundstückszufahrt Hauser Straße Nr. 19-21 wird ebenfalls ein zusätzlicher 2,50 m breiter Gehweg vorgesehen, der leicht von der Fahrbahn abgesetzt ist und mittels einer zusätzlichen Mittelinsel die Querung der Hauser Straße ermöglicht. Die Tektur wurde auch vorab mit dem Landratsamt Starnberg und der Gemeinde Gauting abgestimmt.

Nicht erfüllt werden kann dagegen die Forderung nach einem kombinierten Geh- und Radweg. Bei einer Breite von 2,50 m darf der Radverkehr nach den geltenden technischen Vorschriften nicht auch noch auf dem Gehweg geführt werden. Der Radverkehr auf der Hauser Straße wird daher wie im Bestand zulässig und auch sicher auf der Hauser Straße geführt. Zu den weiteren Einzelheiten wird auch auf B.4.19 bzw. B.4.14 verwiesen.

Der Einwand wird dagegen zurückgewiesen, soweit sich der geforderte Geh- und Radweg auch über den Planungsumgriff hinaus erstrecken soll. Außerhalb der Planfeststellungsgrenze kann der Geh-/Radweg nicht von der Vorhabenträgerin umgesetzt werden, denn die Fortführung des Geh-/Radweges bis zur Kreuzung liegt außerhalb des Planungsumfangs. Im Verfahren dürfen nur solche Maßnahmen berücksichtigt werden, die unmittelbar mit der Erneuerung der Brücke bzw. der Aufweitung der Straße zusammenhängen. Weitere Maßnahmen, die über diesen Zusammenhang hinausgehen, sind zwingend in einem anderen Verfahren abzuarbeiten bzw. zu genehmigen.

Nach Aussage des Staatlichen Bauamtes Weilheim wird aber die Fortführung des Geh- und Radweges möglich sein. So soll der Geh- und Radweg außerhalb des Verfahrens als eigenständige Planungsmaßnahme fortgeführt werden. Die vorliegende Planung ist jedenfalls so angelegt, dass eine Weiterführung möglich sein wird. Im Erörterungstermin vom 28.01.2020 hat das Staatliche Bauamt Weilheim der Einwenderin zugesichert, dass die Weiterführung des Geh- und Radweges in Planung ist und weiterverfolgt wird.

zu a) Nr. 3) Um die Situation der Fußgänger bzw. Radfahrer zu verbessern, hatte die Gemeinde Gauting ein paralleles Brückenbauwerk (A), die Errichtung einer Querunginsel mit Aufstellfläche für Radfahrer (B) und (C) eine Fußgängerbedarfsampel östlich der Unterführung in der Hauser Straße gefordert.

Entscheidung: Da der Gehweg regelkonform auf 2,50 m verbreitert wird, ist ein weiteres paralleles Brückenbauwerk für Fußgänger nicht erforderlich. Der Einwand wird daher zurückgewiesen.

Die unter (B) geforderte Querungshilfe wird von der Vorhabenträgerin errichtet (lfd. Nr. 31 BWVZ). Der Einwand hat sich damit erledigt.

Die geforderte Fußgängerampel ist dagegen für eine ausreichende Verkehrssicherheit der Fußgänger nicht zusätzlich zur Querungshilfe erforderlich. Bei einem einseitigen Gehweg reicht die Querungshilfe über die Hauser Straße aus. Diese Forderung wird daher ebenfalls zurückgewiesen.

zu a) Nr. 4) Um die Situation der Fußgänger bzw. Radfahrer zu verbessern, hatte die Gemeinde Gauting ebenfalls westlich der Unterführung in der Hauser Straße die Errichtung einer Querunginsel (A) und (B) eine Fußgängerbedarfsampel gefordert.

Entscheidung: Beide Forderungen werden zurückgewiesen. Der Gehweg wurde im Zuge der 1. Tektur von einer geplanten Breite von 2,00 m auf eine Breite von 2,50 m verbreitert. Der Gehweg wird von der nördlichen Seite der Hauser Straße bis durch die EÜ auf die westliche Seite der EÜ geführt. Dadurch können die Fußgänger sicher die EÜ passieren. Eine weitere Querungshilfe oder Fußgängerampel auf der westlichen Seite der EÜ ist im Planungsumgriff daher nicht erforderlich bzw. würde bereits außerhalb des Planungsumgriffs liegen.

zu a) Nr. 5) In der Ausgangsplanung sollte die bestehende Treppe gegenüber der Einmündung Königswieser Straße entfallen. In der 1. Tektur wurde der Neubau dieser Treppenanlage aufgrund zahlreicher Einwendungen wieder eingeplant. Der Einwand hat

sich damit durch die 1. Tektur erledigt. Die Lage der Treppenanlage ist leicht Richtung EÜ verschoben, damit für die Fußgänger das Queren der Hauser Straße nicht direkt in der Einmündung zur Königswieser Straße erfolgt. Zu den weiteren Einzelheiten s.a. unter B.4.14.

zu a) Nr. 6) Nach Ansicht der Planfeststellungsbehörde steht der Einwand dem Vorhaben nicht entgegen. Die Vorhabenträgerin führt den Gehweg bis in den Bereich des Ausrundungsendes der Einmündung Hauser Straße / Königswieser Straße. Diese Ausrundung wurde durch die 1. Tektur sogar noch auf der südlichen Seite der Königswieser Straße ergänzt. Die Querung der Königswieser Straße wurde dadurch deutlich verbessert. Für den weiteren Ausbau des Gehweges in der Königswieser Straße ist die Gemeinde Gauting zuständig, da es sich bei der Königswieser Straße um eine Gemeindestraße handelt. Der Gehweg fällt somit gem. Art. 47 Abs. 1 BayStrWG in die Straßenbaulast der Gemeinde Gauting. Die Forderung war daher zurückzuweisen.

zu a) Nr. 7) Die Radfahrer werden richtlinienkonform auf der Straße geführt. Eine zusätzliche Fahrradspur ist daher nicht vorgesehen, s.a. unter B.4.14 und B.4.9. Die Forderung wird zurückgewiesen.

zu a) Nr. 8) Für Unterhalt der Entwässerungsmulden der einmündenden Gemeindestraßen ist die Gemeinde Gauting gem. Art. 9 Abs. 1 BayStrWG als Straßenbaulastträger zuständig (BWVZ lfd. Nr. 15-17). Die Straßenbaulast umfasst alle mit dem Bau und der Unterhaltung der Straße zusammenhängenden Aufgaben.

zu a) Nr. 9) Die Forderung wird zurückgewiesen. Der Gehweg im Bereich Hauser Straße 23-25 bzw. von der EÜ bis zur Perfallstraße steht in keinem Zusammenhang zur kreuzungsbedingten Umbaumaßnahme und liegt daher außerhalb des Planungsumgriffs. In das Verfahren dürfen nur solche Maßnahmen eingebracht werden, die unmittelbar mit der Erneuerung der Brücke bzw. der Aufweitung der Straße zusammenhängen.

zu a) Nr. 10) Gemäß Art. 51 Abs. 1 BayStrWG ist die Gemeinde innerhalb der geschlossenen Ortslage im Rahmen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auch für die Beleuchtung der öffentlichen Straßen zuständig. Da die Vorhabenträgerin daher nicht für die Erweiterung der Straßenbeleuchtung im Baubereich zuständig ist, war die Forderung zurückzuweisen.

zu a) Nr. 11) Die Vorhabenträgerin sichert zu, dass Leerrohre für künftige Glasfaserkabel bei der Bauausführung berücksichtigt werden. Diese Zusage ist im verfügbaren Teil unter A.6.2 dokumentiert.

zu a) Nr. 12) Die geforderte Querungsinsel auf Höhe des Wertstoffhofes liegt außerhalb des Planungsumgriffs und steht in keinem Zusammenhang zur kreuzungsbedingten Umbaumaßnahme. Im Jahr 2018 wurde der Bau bereits realisiert. Insoweit hat sich der Einwand erledigt.

zu a) Nr. 13) Diese Maßnahme liegt außerhalb des Planungsumgriffs. Für eine mögliche Fortführung des Gehwegs von der Querungsinsel Richtung Hauser Kreuzung STA 3/St 2063 kann die Böschung und Straßenmulde bis zum Ende der Baustrecke bei Bau-km 0+230 überbaut werden. Damit ist der Einwand gegenstandslos.

b) weitere Einwendungen

Die Einwenderin hat in ihren Stellungnahmen noch weitere Maßnahmen gefordert:

- 1) Wiederherstellung von in Anspruch genommener Flächen sowie Ersatz für gerodete Bäume (Bebauungsplan Nr. 135/Gauting)
- 2) Ersatzpflanzung für gefälltte Bäume auf Flurstück Nummer 1244/1 in der Gemarkung Gauting
- 3) sichere Verkehrsführung während der Bauphase auch für mobilitätseingeschränkte Personen sowie sichere Verkehrsführung im Bestand (Borsteinabsenkung, Ampel mit Blindensignal), Berücksichtigung der DIN 18040
- 4) Hinweis auf falsch angegebene Regelbreite der Königswieser Straße
- 5) zusätzliche Anpassungen des Bauablaufs (u.a. Verkürzung der Bauzeit, halbseitige Verkehrsfreigabe statt Vollsperrung der Straße) und geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen nach Fertigstellung

Entscheidung

zu b) Nr. 1) Die Vorhabenträgerin hat die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes der gemeindlichen Flächen vorgesehen, vgl. Ausgleichsmaßnahme A5. Eine Festlegung zum Schadensersatz für die gerodeten Bäume ist jedoch im Planfeststellungsbeschluss nicht zulässig. Im Planfeststellungsbeschluss wird über die Inanspruchnahme von Dritteigentum nur dem Grunde nach entschieden.

Entschädigungen können erst im nachfolgenden Entschädigungsverfahren durch die zuständige Entschädigungsbehörde festgelegt werden.

Für die zum Erhalt im Bebauungsplan Nr. 135/Gauting festgesetzten Bäume und Gehölze wird eine Rodungserlaubnis nach Art. 9 Abs. 3 BayWaldG ausgesprochen, s. a. unter B.4.6.

zu b) Nr. 2) Die Forderung nach der Pflanzung von 12 anstelle der 6 vorgesehenen Solitärbäumen wird zurückgewiesen. Entsprechend der Aussage des LBP, Ausgleichsmaßnahme A5 wird auf dem Flurstück Nummert 1244/1 in der Gemarkung Gauting nach Beendigung der Baumaßnahme ein strukturreicher Waldbestand wiederhergestellt. Die 6 größeren Solitärbäume (Buche, Eiche) sollen als Grundgerüst gepflanzt und die übrige Fläche mit standortgerechtem Laubmischwald aufgeforstet werden. Die Vorhabenträgerin hat glaubhaft vorgetragen, dass der Platz auf dem Grundstück für 12 Solitärbäume nicht ausreicht, da sich die Bäume noch entwickeln sollen. Die geforderten 12 Solitärbäume würden auf der relativ kleinen Fläche zu dicht stehen. Die untere Naturschutzbehörde hat dieser Einschätzung zugestimmt. Aus Sicht der Planfeststellungsbehörde ist die fachliche Einschätzung nicht zu beanstanden.

zu b) Nr. 3) Die Vorhabenträgerin hat eine sichere Verkehrsführung auch für mobilitätseingeschränkte Personen während der Bauzeit zugesagt.

Zudem wurde zugesagt, dass die Bedürfnisse dieser Personengruppe auch bei der Ausführung berücksichtigt werden (z.B. durch Bordsteinabsenkung, Ampel mit Blindensignal und gerade Überquerung). So werden die Grundlagen des barrierefreien Bauens gemäß DIN 18040 entsprechend der Planungsgrundlage der Bayerischen Architektenkammer beachtet. Die Zusagen sind im Verfügenden Teil unter A.6 dokumentiert.

zu b) Nr. 4) Der Hinweis wurde in der 2. Tektur berücksichtigt. Der Regelquerschnitt der Königswieser Straße beträgt 5,75 m.

zu b) Nr. 5) Die Forderungen nach weiteren Maßnahmen sowohl im Bauablauf als auch für den Bestand werden zurückgewiesen.

Geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen sind allein von der zuständigen Straßenverkehrsbehörde zu treffen. Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 StVO dürfen nicht im Planfeststellungsbeschluss getroffen werden.

Die Vorhabenträgerin hat glaubhaft vorgetragen, dass der Bauablauf nicht weiter optimiert werden kann. Die Einschränkungen werden dabei möglichst geringgehalten. Da ein öffentliches Interesse an der Realisierung des Bauvorhabens besteht sowie an der Aufrechterhaltung des Schienenverkehrs ist die vorgeschlagene Teilsperrung der Hauser Straße nicht realisierbar.